Pressemitteilung

1. Juli 2024

Christian Stäblein: Wie gegen Rechtsextremismus kämpfen?

Leitartikel zur Positionierung von Kirchen und Kultur in der aktuellen Ausgabe von Politik & Kultur

Berlin, den 01.07.2024. In seinem Leitartikel zur aktuellen Ausgabe von Politik & Kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, fordert **Bischof Christian Stäblein**, der geistliche Leiter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg–schlesische Oberlausitz, ein deutliches Nein gegenüber dem Erstarken des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, den wir derzeit erleben – in Anlehnung an das Nein von Karl Barth gegenüber den Deutschen Christen im Jahr 1934, die, „das Christliche und Gott im Ungeist der Zeit" suchten. „Sein Nein! schleuderte Karl Barth diesem allen entgegen." Stäblein weiter: „90 Jahre ist das her und ich hätte nicht gedacht, dass es erneut so aktuell, so akut solche Bedeutung bekommt."

Die rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Ideologen und Ideologinnen in der AfD, aber auch andernorts, führen einen Kulturkampf, der kaum oder keine Grenze kennt bzw. diese immer wieder im Blick auf das Sagbare (oder besser: eigentlich Unsagbare) überschreitet und verschiebt", so Stäblein. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz habe schon vor langer Zeit und unabhängig von den aktuellen Entwicklungen festgehalten, dass die Mitgliedschaft und das Engagement für menschenfeindliche Gruppierungen nicht mit dem Leitungsamt in der christlichen Kirche vereinbar seien.

Mancher meine beklagen zu müssen, die Evangelische Kirche, die doch von Offenheit rede, schließe auf diese Weise in unchristlicher Weise aus. Dieser Vorwurf aber gehe am Kern vorbei. Von der Logik der Sache her werde man sagen müssen: „Wer menschenfeindliche Positionen unterstützt, schließt sich vom glaubwürdigen Vertreten des christlichen Menschenbildes selbst aus. (…) Wo die Kultur der Mitmenschlichkeit in Frage gestellt wird, ist die Kultur der klaren Position gefragt. (…) Ich bin dankbar, dass ich im Kulturbereich – von freier Szene bis Staatstheater, von Musikrat bis Kulturrat – die gleiche Entschiedenheit wahrnehme."

Aber: „Wenn das Nein klar und deutlich gesagt ist, gilt es für mich auch wieder vom Ja zu reden." Stäblein bekundet damit seinen Willen zum Gespräch, einen „ernsthaften Willen zum Hören und Sprechen" – auch mit jenen, die rechtsextreme Parteien gewählt haben. Er meint: „Kultureinrichtungen und auch Kirchen sind der richtige, fast möchte man sagen: der genuine Ort für offenen Austausch." Und: „Ja, es gilt zu reden, unbedingt. Und dabei eine Kultur des Streitens einzufordern und zu fördern, die die Angst vertreibt und die Freiheit, oder besser: die Freimütigkeit wieder gewinnt."

- **Hier können Sie den Artikel lesen.**

Der Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann** sagte: „Mit seiner Forderung nach einer klaren Positionierung von Kultur und Kirche trifft Bischof Stäblein genau den richtigen Punkt. Wir müssen gegen die extreme Rechte gemeinsam deutlich Stellung beziehen, gleichzeitig aber Diskursräume schaffen und offen für das Gespräch mit den Menschen bleiben, die extreme Parteien wählen. Dazu bietet der Kulturbereich mit seinen unterschiedlichen Sparten und Kommunikationswegen viele Möglichkeiten.

- Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
- Sie erscheint zehnmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement: Einzelpreis: 4,00 Euro, im Abonnement: 30,00 Euro (inkl. Porto), im Abonnement für Studierende: 25 Euro (inkl. Porto).
- Die Doppelausgabe Juli/August von Politik & Kultur steht hier auch als kostenfreies E-Paper (PDF-Datei) zum Herunterladen bereit

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat